

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

Wenn Big Pharma auf Big Data trifft

2

Profiteure der Mediensubventionen

10

Verfassungswidriges Covid-Gesetz

17

Schloss Frauenfeld

Bild: Hans Keller, Wiesendangen ZH



Das Zeitalter des Bio-Totalitarismus

Wenn Big Pharma auf Big Data trifft

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Covid-19 ist eine in einem chinesischen Labor kreierte künstliche Seuche. Anfänglich falsch als Erkrankung der Atemwege behandelt, wissen wir nun, dass es sich eigentlich um einen viral verursachten Entzündungsprozess der Blutgefässe handelt.



Unbestritten ist: Covid-19 verläuft bei einem Teil der Bevölkerung ernst und kann, fast ausschliesslich bei älteren Personen und solchen mit Vorerkrankungen, sogar zum Tod führen. Diese gefährdeten Personengruppen sind nun bereits geimpft und, glaubt man den Impferstellern und unserem Staat, deshalb auch weitgehend gegen Covid-

19 geschützt. Warum werden also die Beschränkungen nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil immer wieder verschärft?

Warum sollen jetzt sogar Jugendliche und Kinder in die Impfprogramme miteinbezogen werden, deren Gefährdung durch Corona statistisch verschwindend gering ist? Oder anders gefragt: Warum jagt man den Menschen pausenlos Angst ein und zwingt sie mit verschiedenen indirekten Massnahmen zu einer Impfung, deren kurz- und langfristige Folgen vollkommen unbekannt sind?

Angst aufrechterhalten

Es kann nur darum gehen, die Angst vor dem Virus aufrecht zu erhalten, die Leute mittels Hürden (Zutrittsverbote) und monetären Belastungen (kostenpflichtige Tests) zu Impfungen zu bewegen und anschliessend der Bevölkerung flächendeckend einen Impfausweis zu verordnen – das sogenannte «Zertifikat». Mit diesem

Zertifikat erlangt der Bürger seine Freiheit zurück. Er kann wieder Restaurants, Theater, Kinos, Konzerte und Fitness-Center besuchen und nicht zuletzt in die Ferien fliegen, also wieder vollumfänglich an der Spassgesellschaft teilnehmen. Doch es gibt Menschen, welche auf die Spassgesellschaft verzichten, deshalb fangen jetzt Länder an, einschneidendere Massnahmen zu treffen, welche ein Leben ohne Zertifikat sozusagen verunmöglichen.

Italien etwa verbietet neu den Zutritt zum eigenen Arbeitsplatz ohne Zertifikat, und das deutsche Bundesland Hessen überlässt neu den Detailhändlern, ob sie die 2-G-Regelung (Geimpfte oder Genese, jedoch nicht: Getestete) als obligatorisch für den Lebensmitteleinkauf in ihren Verkaufslokalitäten deklarieren wollen. Bio-Totalitarismus vom Feinsten.

Elementare Grundrechte eingeschränkt

Sogar ein direktdemokratischer Staat wie die Schweiz geht aufs Ganze, schränkt elementare Grundrechte der Bevölkerung ein und hat kein Problem, die Gesellschaft zu spalten und teilweise bis zu 50% der eigenen Bevölkerung von Kultur und höherer Bildung – sogar an der Teilnahme an einer einfachen (stets maskierten) Buchvorlesung – auszuschliessen. Wird dieser Corona-Irrsinn ein Ende finden?

Nein. Je nach Bedarf wird man mittels der Anzahl der durchgeführten Tests die Inzidenzwerte hinauf- oder hinunterschrauben. Daneben werden sich immer neue Mutanten finden, die eine Auffrischung der Impfung notwendig machen, mindestens einmal im Jahr. Dies wird zu einer Verewigung des Zertifikats führen. Ein Zertifikat, welches ein Dasein überhaupt möglich

**Albert Einstein
in der Schweiz**

Taschenbuch ISBN: 978-3-7494-7713-5

SUNSTAR
SWISS HOTELS
ECHT VIELSEITIG

**Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt**

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

**Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90**

500 Blatt, exkl. MWSt. + Versand bar (10 P. = 10.–)

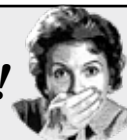
OCoTex AG – 041 799 50 00

macht in der Gesellschaft. Warum? Drei mächtige Interessensgruppen haben zueinander gefunden in diesem ganzen Corona-Irrsinn: Staat, Big Pharma und Big Data.

Zum Staat: Mit dem Zertifikat und der baldigen Digitalisierung des ganzen Prozesses wird dem Staat das genialste Ueberwachungsprogramm in die Hände geliefert, welches bisher je existiert hat. Ein digitales Zertifikat erlaubt ein sehr genaues Profil des einzelnen Bürgers. Welche Veranstaltungen werden besucht, wo, mit wem, wann? Wird der Bürger gar aufmüpfig, kann ihm das Zertifikat blockiert werden. Dann ist es aus mit dem normalen Leben, wie die bereits real existierenden Extrembeispiele Italien und Hessen zeigen: Der Zugang zur täglichen Arbeit (Lohn) und zum Lebensmitteleinkauf ist gesperrt.

Gleichzeitig freuen sich Big Pharma und Big Data in inniger Umarmung auf die schwindelerregenden Gewinnspannen, welche von nun an fliessen werden. Ermöglichen tun dies die gekauften Politiker in den Regierungen, welche nach dem altbewährten Drehtüren-System nach absolvierter Politikkarriere mit einem hoch dotierten Verwaltungsratsposten für ihre Kollaboration belohnt werden. Ich würde heute schon eine Wette abschliessen und bei einem Notar deponieren, mit welchen Verwaltungsratsposten in welchen

LACHEN VERBOTEN!



Richter: «Sie können wählen zwischen zwanzig Tagen Gefängnis oder 2'500 Franken.» Angeklagter: «Dann nehme ich natürlich das Geld.»

*

Richter: «Ich verurteile Sie wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 1'000 Franken. Haben Sie noch etwas dazu zu sagen?»

Angeklagter: «Ich würde ja gerne noch etwas sagen, aber bei den Preisen lasse ich es lieber bleiben.»

Branchen Alain Berset nach seiner Zeit als Bundesrat prämiert werden wird.

Und der Datenschutz?

Aber, wird man einwerfen, es gibt doch den Datenschutz. Erlauben Sie mir eine Anmerkung dazu: Das ist eine Illusion. Alle in Europa gesammelten Daten werden in den USA aufbewahrt – auch die staatlichen Daten der Schweiz werden auf einem US-Cloud-Server landen. Der Bund hat entsprechende Verträge ausgehandelt. Glaubt wirklich jemand, die NSA (National

Fortsetzung auf Seite 5

*Einer hat's erfunden.
Hunderte haben es
abgeschrieben ...*

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Security Agency) würde sich um den Schweizer Datenschutz scheren?

Geheimdienste und globale Konzerne arbeiten Hand in Hand. Gemeinsam erschaffen sie einen neuen digitalen Überwachungskomplex, der im Verborgenen agiert und uns bis in die letzten Winkel ausspioniert. Die Corona-Pandemie ist die Eintrittskarte für eine leise Diktatur. Jene, die sich ihr verweigern, werden ausgegrenzt, jene, die solche Verhältnisse für normal halten, werden belohnt.

Bürgerliche Freiheiten bewahren!

Der angebliche Krieg gegen Viren ist somit nichts anderes als eine Steigerung des Krieges gegen den Terror, der mit den ominösen Attentaten auf das World Trade Center im Jahre 2001 begonnen hat. Der sogenannte Feldzug gegen den Terror ermöglichte, wie Sie bereits wissen, die Abschaffung des Bankkundengeheimnisses und die Einführung der totalen Überwachung der weltweiten Geldströme und der Bankinstitute. Der Krieg gegen die Viren wird nun noch viel mehr Freiheiten des einzelnen Bürgers kosten.

Deshalb meine Aufforderung: Am 28. November 2021 haben Sie die Möglichkeit, diese unsägliche Entwicklung, zumindest hier in der Schweiz, zu unterbrechen. Tun Sie dies, auch zum Wohl Ihrer Kinder und Enkel!

Isabel Villalon

«Das aktuelle Zitat»

«Konservative und Liberale müssen wieder lernen, polemisch und aggressiv zu werden. Zu meinen, man könne sich die Wertschätzung oder zumindest die Duldung der meinungsmachenden Milieus durch Opportunismus erkaufen, ist ein Irrtum. Man wird lediglich als Letzter vom Spielfeld genommen. Angesichts des historischen Debakels muss nun endgültig Schluss sein mit Kuschelrock. Jetzt ist Punk gefragt.»

Alexander Grau, Philosoph und Publizist,
in der «NZZ» vom 22. September 2021

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Kinderaufzucht-Anstalten?



Die Nachrichten von der Corona-Front bieten laufend neue Höhepunkte an Unglaublichkeit. Einerseits nehmen Ansteckungen, Erkrankungen und Spitaleinweisungen markant ab. Doch gibt es nunmehr in der Schweiz ein Spital – in Luzern, das ungeimpften Wöchnerinnen verbietet, das eigene, vor Stunden oder Tagen geborene Kindlein zu sehen und in die Arme zu nehmen.

Es gibt in der Schweiz nicht wenige Ärzte, die schwangeren Frauen bislang abgeraten haben, sich vor der Geburt ihres Kindes impfen zu lassen. Es gibt folglich auch Frauen, die in uneingeschränkter Selbstverantwortung, beraten von ihrem Frauenarzt, entschieden haben, sich vor der Geburt ihres Kindes der Impfung nicht zu unterziehen. Sie sind deswegen nicht krank und auch nicht infiziert – aber eine Gilde von Angstmachern verbietet diesen Frauen, in den ersten Tagen nach der Geburt das eigene Kindlein in die Arme zu nehmen – nachdem bislang gegolten hat, dass frühestmöglicher Körperkontakt zwischen Neugeborenem und Mutter für das eben geborene Kind besonders wichtig sei.

Spalte
rechts

Und wenn eine von der Wegschliessung betroffene Frau ihr Neugeborenes stillen möchte? Wird sie samt Säugling aus dem Spital verjagt? Oder hat sie ihre Milch einer Kinderaufzucht-Anstalt abzuliefern, die – ohne die Mutter zu befragen – über alles weitere selbstherrlich entscheidet?

Man fragt sich unwillkürlich: Verbreitet sich in der Schweiz ein Virus, das den Verstand von bislang durchaus als vernünftig eingeschätzten Menschen angreift und zersetzt?

Den persönlichen Impfscheid trifft in einem freien Land wie der Schweiz jede Frau und jeder Mann selbstverantwortlich. Wir wenden uns keineswegs gegen das Impfen. Aber wir wenden uns gegen jeglichen Zwang. Zwang tötet Freiheit. Zwang entspringt totalitären Regimes in totalitären Staaten. Freiheit aber fusst auf Selbstverantwortung. Freie Frauen und freie Männer entscheiden frei über die für sie richtigen Massnahmen – persönlich, in der Familie, im Beruf, in der Öffentlichkeit.

Offenbar müssen das nicht wenige Verantwortungsträger, die sich zu stark professionellen Angstmachern ausgeliefert haben, wieder lernen.

Ulrich Schlier

Gesellschaft spalten?

Nicht mit uns!

Der Bundesrat hat uns am 25. März dieses Jahres versprochen:

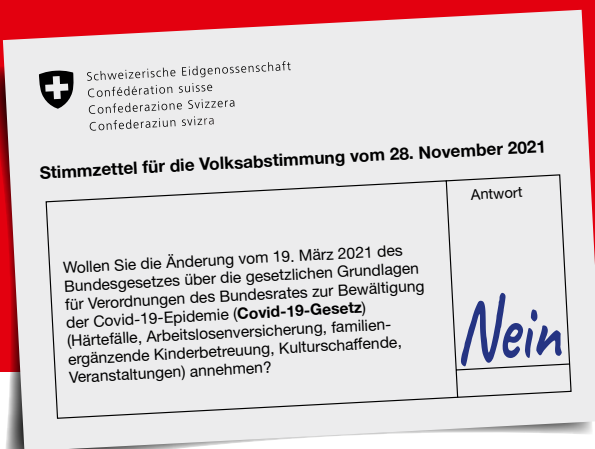
«Wenn bis im Juli 2021 alle Impfwilligen geimpft sind, braucht es keine Massnahmen mehr.»

Doch das Gegenteil ist passiert! Und mit dem neuen Covid-19-Gesetz will der Bundesrat nochmals weitere Verschärfungen einführen!

Deshalb müssen jetzt wir Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass unsere Freiheit nicht noch weiter eingeschränkt wird:

- Nein zu Diskriminierung und Spaltung
- Nein zum Impfwang
- Nein zu Machtanmassung und Willkür
- Nein zum fahrlässigen Grenzregime
- Nein zur Massen-Überwachung
- Nein zur verantwortungslosen Schuldenmacherei

**So stimmen Sie richtig,
um unsere Freiheit zu schützen!**



Mehr infos auf www.svp.ch

[f](#) [t](#) [i](#) /@SVPch

Achtung: Fake-News

An seiner Medienkonferenz vom 27. September 2021 setzte der Bundesrat Fake News in die Welt:

Der Bundesrat behauptet, ohne Zertifikat würden Hotellerie und Gastronomie noch mehr leiden. **Das ist falsch.**

Richtig ist: Die **Holzhammerpolitik des Bundesrats** zerstört wirtschaftliche Existenzen und **vernichtet Arbeitsplätze**. Die **Gaststätten verzeichnen bereits jetzt gravierende Umsatzeinbussen**. Zudem verfügen die verschiedenen Branchen über **funktionierende Schutzkonzepte**, die bei Bedarf angewandt werden können.

Der Bundesrat behauptet, bei einem Nein zum Covid-19-Gesetz würden unverzichtbare Finanzhilfen dahinfallen. **Das ist falsch.**

Richtig ist: **Wenn die willkürlichen Massnahmen wie die staatliche Zertifikatspflicht aufgehoben sind, dann braucht es auch keine Finanzhilfen mehr.** Zudem hat das Abstimmungsresultat keinen Einfluss auf die Finanzhilfen: Praktisch alle von ihnen laufen per Ende 2021 oder per Ende März 2022 aus.

Extremes Covid-19-Gesetz NEIN

Unterstützen Sie unsere Kampagne mit einer Spende auf IBAN CH80 0900 0000 3000 8828 5, SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, Vermerk «Spalten NEIN!»

Keine Politik in Zermatt

«Schreib mal was Schönes!»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Meine Frau fand, ich solle doch den Schweizerzeit-Lesern auch mal etwas Schönes zumuten. In meinem heutigen Artikel kommt daher nur am Schluss etwas Politik vor.



Ich war spät dran und fragte meine Frau auf dem Weg in die Ferien, ob sie mir eine Schreibidee hätte. «Schreib doch mal was Schönes!» meinte sie, «zum Beispiel über Zermatt.» Wie immer hatte meine beste Ehefrau von allen Recht. Das Leben, die Schweiz, die Welt sind unhaltbar geworden. Mal was

Schönes «mags drum liide»: Schon die Fahrt war ein Erlebnis. Auf der Furkapassstrasse war 1964 eine Szene für den James Bond-Film «Goldfinger» gedreht worden. Im Mittelpunkt stand eine weit ausladende Kurve auf der Urner Seite des Furkapasses, die heute «James Bond-Goldfingerkurve» genannt wird. Genau vor uns fuhr nun ein Auto, das aussah, als würde Sean Connery drin sitzen.



Zermatt soll früher Praborgne genannt worden sein, denn die Sprache von Zermatt war bis ins 11./12. Jahrhundert frankoprovenzalisch, eine in der Schweiz sehr selten gewordene Sprache, welche man noch im «benachbarten» Evolène hören kann. Heute ist Zermatt der südlichste Ort des geschlossenen deutschen Sprachraumes. Bis zum Beginn der «Kleinen Eiszeit» um ca. 1400 war das Begehen heute vergletschter Passübergänge im Sommer relativ einfach möglich, und so konnten die Zermatter ihre deutschsprachigen Verwandten in den Walser Südtälern besuchen. Ein bescheidener Fremdenbesuch setzte um 1820 ein. Aber erst nach der Erstbesteigung des Matterhorns (1865) durch den Engländer Edward Whymper entwickelte sich Zermatt stark. Lohnenswert ist ein Besuch auf dem kleinen Bergsteigerfriedhof, wo unter anderen Vater und Sohn Peter Taugwalder, die Bergführer des Erstbesteigers des Matterhorns, begraben liegen. Obwohl Zermatt schon längst kein Bergdorf mehr ist, sondern eine pulsierende Bergstadt, wirkt es

gemütlich. Das hat viel damit zu tun, dass die Strassen von Zermatt für den privaten Autoverkehr seit 1931 gesperrt sind. Die umliegenden hohen Berge sind zwar alpen-typisch vom Skitourismus verschandelt und im Sommer ebenso typisch zu einer Art Disneyland umfunktioniert worden. Aber sie sind immer noch gewaltig schön, und schon nach kurzer Wanderung gelangt man zu schönen kleinen Dörfern wie zum Beispiel Zmutt, einer der ursprünglichsten und ältesten Siedlungen des Alpenraumes.



Und wer nach den Wanderungen hungrig geworden ist, der kann in der vorzüglichen «Walliserkanne» im Zentrum einkehren. Der Wirt dort lebt den Freiheitswillen der Zermatter und weigert sich standhaft, Bertschs Corona-Massnahmen umzusetzen: «Wie respektieren ALLE Menschen, auch OHNE Zertifikat» steht vor seinem gutbesuchten Restaurant.

Jetzt bin ich doch noch ein wenig politisch geworden ...

Hermann Lei

Churz & Bündig

«Braucht es strengere Gewaltschutz-Massnahmen?» fragen Medien angesichts beängstigender Zunahme der Gewaltdelikte in unserem Land. Vor allem ist die einzige Massnahme, die Gewaltverbrechen tatsächlich markant senken würde, längst überfällig: Die buchstabengetreue Umsetzung der von Volk und Ständen vor siebeneinhalb Jahren angenommenen Ausschaffungsinitiative, die Gewaltverbrechern den Aufenthalt in der Schweiz rigoros verbietet. Wie wäre es, wenn all die Richter, welche die Umsetzung dieser Initiative in abertausend Fällen verhindern, persönlich – mit ihrem ganzen Vermögen – haftbar gemacht würden für die Folgen ihrer Hintergehung eines klaren demokratischen Auftrags, hervorgegangen aus einer Eidgenössischen Volksabstimmung?

us

Leserbriefe

Kriminalitäts-Hotspots

Joel Thüring trifft mit seinem Beitrag «Linke machen Städte zu Kriminalitäts-Hotspots» (SZ Nr. 18/21) ins Schwarze. Was ist bloss aus unserer schönen Schweiz geworden? Von meiner Heimatstadt Basel ganz zu schweigen. Als junge Frau konnte ich noch vor vierzig Jahren zum Tanzen in die Stadt gehen, ohne jemals belästigt zu werden. Und heute wird der beängstigende Anstieg der Kriminalität einfach totgeschwiegen. Vielen Dank, ihr lieben Linken und Grünen! Euch haben wir das zu verdanken. Aber die «Basler»-Bevölkerung wählt ja weiterhin links. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie dumm und blind der «normale» Mensch sein kann.

Ruth A. Singer, Läufelfingen BL

Im Schand-Eggli?

Ich mache den Vorschlag, dass in allen Innenräumen von Restaurants ein Schand-Eggli eingerichtet wird. Dort befinden sich zusätzlich Luftmess- und Ventilationsgeräte. Ungeimpfte, nicht genesene und nicht getestete Gäste dürfen dort, und nur dort, nach offiziellem Bundesrats-Entscheid Platz nehmen. So haben die anderen, doppelt geimpften Gäste, welche alleamt als Gutmenschen gelten, endlich die Möglichkeit, sich beim Blick ins Schand-Eggli ein Feindbild aufzubauen, da ja Corona-Viren von blossem Auge nicht sichtbar und deshalb auch nicht «beschimpfbar» sind. Wer eine natürliche Scham hat gegen soziale Übergriffe auf andere Menschen, muss sich kein Gewissen machen, denn willkürliche Massnahmen und Ausgrenzungen gegen selbstverantwortliche Staatsbürger sind ja nach Meinung des Bundesrates nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht. Schliesslich hängt, nach Überzeugung unseres linkslastigen Bundesrates, über jedem Nicht-Geimpften ein Fluch, dem nur durch gezielte Angstmacherei und mit Moralpredigten beizukommen ist. Das bundesrätliche Notrecht wird unnötig verlängert, und unsere Staats- und Verfassungsrechtler schweigen und schlafen devot. Liebe Leserin, lieber Leser, wenn Sie meine Ausführungen absurd finden, stimmen Sie am 28. November bitte Nein zum Covid-Gesetz – damit das Absurde nicht Realität wird!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Zuwanderung von IS-Terroristen stoppen

Die «Schweizerzeit» und das Egerkinger Komitee treffen mit ihrer Petition «Nein zum Bürgerkriegs-Import» einmal mehr ins Schwarze. Denn klar ist: Nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan setzen die weltweit vernetzten Islamisten alles daran, den Taliban die Macht wieder zu entreissen. Die Konsequenz: Die bürgerkriegsähnlichen Zustände führen zu grossen Flüchtlingsströmen Richtung Europa und Schweiz. Darunter mischen sich ohne Zweifel auch «zivile» IS-Terroristen, die den Konflikt in unser Land importieren und unsere Sicherheit bedrohen. Darum muss

vorübergehend jegliche Einwanderung von Muslimen in die Schweiz gestoppt werden; danach ist eine lückenlose Zuwanderungskontrolle für Muslime einzuführen. Ich fordere zudem, dass das untaugliche Schengen-Abkommen (d.h. freie Fahrt auch für Kriminelle) gekündigt wird und dass wieder konsequente Grenzkontrollen durchgeführt werden. Leider haben seinerzeit auch fast alle Polizei- und Grenzwachtkommandanten den Schengen-Unsinn wider besseres Wissen mitgemacht – aus falsch verstandener Loyalität zu ihren Vorgesetzten und zum Bundesrat.

Peter Jenni, Rothenburg LU

Besser die Wahlheimat kritisieren!

Die Aussagen von Hansjörg Wyss (bezüglich «fehlender Intelligenz» der SVP) sind eine Frechheit ohnegleichen. Die SVP verteidigt wie keine andere Partei die Freiheitsrechte und die direkte Demokratie in der Schweiz. Sie bewahrt unser Land damit vor dem Abgleiten in die Dekadenz, wie sie in der seit über vierzig Jahren von Wyss ausgesuchten Wahlheimat USA herrscht! Zu hoffen bleibt, dass der Milliardär Wyss nicht auch noch von den US-Steuerparadiesen wie z.B. Delaware, Florida oder South Dakota profitiert. In der Schweiz versteuert er jedenfalls keinen Rappen. Er sollte sich deshalb aus der hiesigen Politik heraushalten.

Robert Furrer, Oberkirch LU

Gut getarnt

Zur Zeit und in weiterer Zukunft befasst sich unsere Gesellschaft massgeblich mit dem Covid-19-Problem. Die rot-grüne Truppe hält sich mit ihren Klima- und Energie-Fantastereien momentan eher bedeckt und fast verdächtig ruhig. Für die Schäflein von Frau Sommaruga lassen sich im Schatten der Seuche bequem die verschiedensten Süppchen kochen, um zu gegebener Zeit wohl vorbereitet und mit Vehemenz neue «Aktionen» zu starten, welche dann wieder in zweifelhaften Abstimmungen gipfeln werden. Es ist zu hoffen, dass bürgerliche Kreise diesen Umstand und die Gefahren beizeiten erkennen, die nötigen Massnahmen treffen und dem rot-grünen Tun einen Riegel schieben, bevor wir wieder nur reagieren können.

Ernst A. Rubli, Ramsen SH



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Ausländerkriminalität

Gerichts-Alltag

von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen ZH



Das Bezirksgericht Meilen verhandelt in diesen Tagen ein besonders schreckliches Verbrechen: Ein Mann aus Polen wird mit gutem Grund beschuldigt, seine Partnerin mit Faustschlägen und Fusstritten zu Tode geprügelt zu haben. Der Pole hat einen Haufen Vorstrafen wegen diversen Gewaltdelikten im In- und Ausland. Offenbar wollte die Frau sich von ihm trennen.

Vor ein paar Tagen sind an einer Tankstelle in Geuensee, Luzern, zwei Ausländergruppen mit Messern, Steinen und Eisenstangen aufeinander losgegangen. Mit dabei waren Syrer, Iraker und Kosovaren. Ein 20-jähriger Kosovare wurde mit einem Messerstich getötet. Mehrere andere wurden verletzt. Fünf Syrer sind in Haft – zweifellos angebliche Flüchtlinge, die via Asylschiene zu uns gekommen sind. Hier kann etwas nicht stimmen. Kommen echte Flüchtlinge zu uns, um Mord und Gewaltdelikte zu begehen?

In der Winterthurer Innenstadt hat ein 19-jähriger Mann aus Deutschland – ob es sich tatsächlich um einen eingeborenen Deutschen handelt, ist zu bezweifeln – sich selber und einen 17-jährigen Mann aus der Schweiz nach einem Streit mit einem Messer schwer verletzt. Die Kantonspolizei St. Gallen ist besorgt, weil Gewaltdelikte wie Raub, Körperverletzungen und Schlägereien zunehmen. Immer häufiger nehmen junge Männer ein Messer mit in den Ausgang. Innert vier Wochen gab es zwei Tote. Dass es sich hier nicht um Appenzeller Alphirten oder Toggenburger Käser handelt, versteht sich von selber. Im Neuenburger Jura und in der Stadt Biel halten gewaltbereite Jugendgangs die Region in Atem. Ein 20-jähriger

Kongolese wurde getötet. Nun erwartet man Rache und noch mehr Hass. Polizisten und Richter erzählen mir, sie hätten kaum je mit Gewaltverbrechern zu tun, deren Namen man aussprechen kann. Die Kosten von Strafverfolgung, Strafvollzug und Spitälern gehen in die Milliarden.

Dies alles sind die Kosten einer unverantwortlichen, unkontrollierten Zuwanderung von vielfach weder integrationsfähigen noch integrationswilligen Menschen. Doch es gibt keinen Skandal wegen dieser Zustände. Dafür gibt es einen Skandal, wenn man diese Zustände ausspricht.

Thomas Matter

Wir bitten um Entschuldigung

Die letzte Ausgabe der Schweizerzeit ist leider erst mit viertägiger Verspätung bei den Abonnenten eingetroffen.

Ein Fehler bei der Montage der Zeitung hat die Seitenabfolge derart verändert, dass das Schweizerzeit-Magazin nicht ausgeliefert werden konnte, vielmehr in aller Eile neu gedruckt werden musste.

Der Schweizerzeit-Verlag und die Firma Dietschi Print & Design AG ersuchen die Abonnenten der Schweizerzeit um Entschuldigung für den eingetretenen Fehler, der Neudruck und verspätete Zustellung der Schweizerzeit zur Folge hatte. Besten Dank für Ihr Verständnis.

PS: Dass sehr viele Abonnenten uns das Ausbleiben der Schweizerzeit mitteilten, hat uns auch beeindrückt. Die Anrufe zeugen davon, wie die Schweizerzeit alle vierzehn Tage erwartet und ihre Lektüre geschätzt wird. Für Ihre Treue zur Schweizerzeit danken wir Ihnen herzlich!

Ulrich Schlier



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Sie beschimpfen die Gegner mit der «Faschismus-Keule»

Profiteure der Mediensubventionen

von Dr. Philipp Gut, Geschäftsführer des Referendumskomitees «Staatsmedien NEIN»

Journalist Hansi Voigt («Bajour») beschimpft die Gegner von noch mehr staatlichen Mediensubventionen als «Freund*innen des Faschismus». Mit ihm im Boot sitzen die Nationalrätinnen Min Li Marti und Aline Trede. Offenbar verlieren die Subventionsjäger bereits vor der Eröffnung des Abstimmungskampfs um das Mediensubventions-Gesetz die Nerven.



Die Gruppe nennt sich «Verein für Demokratie und Medienvielfalt». Ihr Ziel: Mit allen Mitteln die Subventionen krallen, die sie sich nach der Verabschiedung des sogenannten Massnahmenpakets zugunsten der Medien erhofft haben. Doch ihr Griff ins Portemonnaie der Steuerzahler könnte nun verhindert werden. Am Mittwoch, 6. Oktober, hat das Referendums-

komitee «Staatsmedien NEIN» in Bern über 110'000 Unterschriften eingereicht. Ein Grosse Erfolg für das parteiunabhängige kleine Komitee aus Verlegern, Journalisten und Unternehmern. Damit kommt es voraussichtlich am 13. Februar 2022 zur Volksabstimmung über das Medien-Subventionsgesetz.

Keine Argumente, erbärmliches Niveau

Die Tatsache, dass sie jetzt dem Volk erklären müssen, warum sie sich ungeniert am Steuergeld bedienen wollen, bringt die Mitglieder des Vereins für Demokratie und Medienvielfalt nun derart in Argumentationsnotstand, dass sie sich nur noch mit wüsten Beschimpfungen zu helfen wissen. Auf ihrer Website schreiben sie: «Libertäre Multimillionär*innen und ihre ganz rechten Helfershelfer*innen wollen verhindern, dass Schweizer Medien transparente Förderung erhalten. Diese Kräfte wollen, dass Unabhängigkeit und Transparenz durch undurchsichtiges Mäzenatentum ersetzt wird und haben deshalb ein Referendum gegen das Medienpaket lanciert. Die Gegner*innen des Gesetzes kommen aus der gleichen diffusen Ecke wie Coronaleugnern*innen und andere geistige Brandstifter*innen, welche die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben.»

Treibende Kraft hinter dem Verein für Demokratie und Medienvielfalt ist der Journalist Hansi Voigt. Auf Twitter legte Voigt sogar noch einen drauf: Er diffamerte die Gegner des Mediensubventions-Gesetzes als «Freund*innen des Faschismus». Voigt weiss natürlich, dass diese Gegner sehr breit aufgestellt sind. Einem Nein-Parlamentarierkomitee gehören bereits 72 National- und Ständeräte verschiedenster Parteien an. Laut Voigt: alles Faschisten.

Verlegerverband will sich nicht distanzieren

Nun könnte man das als Irrsinn eines niveaulosen und frustrierten Schreiberlings abtun. Doch das wäre zu

einfach. Mit Voigt im Boot sitzen auch die SP-Nationalrätin Min Li Marti und ihr grüne Ratskollegin Aline Trede. Beide sind zugleich im offiziellen Komitee des Verbands Schweizer Medien (VSM), der die Subventionsjagd von ganz oben orchestriert.

Wir haben deshalb dem VSM die Frage gestellt, wie er sich zu diesen Aussagen stelle und ob er auch der Auffassung sei, dass die Gegner einer Erhöhung der Staatssubventionen an die privaten Medien «Freund*innen des Faschismus» und «ganz rechte Helfershelferinnen» seien?

VSM-Geschäftsführer Stefan Wabel will sich in seiner Antwort nicht von diesen Aussagen distanzieren. Er sagt lediglich: «Wir erwarten von beiden Seiten einen harten, aber fairen und sachlichen Abstimmungskampf.» Fair und sachlich? Klingt anders.

PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Über 110'000 Bürgerinnen und Bürger beschimpft

Min Li Marti, Mitglied des Vereins Demokratie und Medienvielfalt sowie auch des dahinterstehenden Verbands Medien mit Zukunft, windet sich ebenfalls: «Ich habe den Tweet von Hansi Voigt erst durch Ihr Mail überhaupt gesehen und fühle mich nicht für seine Tweets verantwortlich. Daher fragen Sie doch besser bei ihm nach, wie er es gemeint hat.» Wie er es gemeint hat? Falsche Frage. Tatsache ist, dass die beiden Nationalrätinnen Min Li Marti und Aline Trede auf der Website des Vereins Demokratie und Medienvielfalt mit ihrem Namen zeichnen und damit mitverantwortlich sind, wenn dort von «ganz rechten Helfershelfer*innen» sowie von «Coronaleugnern*innen und anderen geistigen Brandstifter*innen» gefaselt wird.

Es muss ihnen daher bewusst sein, dass sie die über 110'000 Bürgerinnen und Bürger beschimpfen, die der Auffassung sind, dass private Medien nicht von der Politik abhängig sein sollten, damit sie nicht ihre Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen.

Geschäftsmodell: Mäzene und Steuerzahler anbetteln

Ein krachendes Eigentor ist sodann die Breitseite gegen das «Mäzenatentum». Denn Hansi Voigt & Co. bauen ihr Geschäftsmodell konsequent nur auf

Mäzenatentum und Subventionen auf. In Voigts aktuelles Projekt «Bajour» steckt Oeris Stiftung jedes Jahr eine Million Franken. Die bz schrieb dazu: ««Bajour» erhält für drei Jahre zunächst je eine Million Franken von der Basler Stiftung Medienvielfalt. Diese hat die Millionen wiederum von der Basler Stiftung Levedo, die schliesslich von der «Tageswoche»-Mäzenin Beatrice Oeri alimentiert wurde.» In der «Tageswoche» verlockte Mäzenin Oeri Millionen. Offensichtlich ist das Voigt noch immer nicht genug: Jetzt lechzt er auch noch nach Steuergeld.

Wie wär's, wenn Voigt und seine Mitläuferinnen zur Abwechslung mal ein Medienprodukt machten, das gut genug ist, damit es ohne Mäzene und Steuergeschenke durchkommt? Statt die Kollegen zu beschimpfen, die innovativ sind und am Markt erfolgreich bestehen.

Philipp Gut



Zehn Fragen zur Kohäsionsmilliarde



In seinem sozialkritischen Gedicht «Fragen eines lesenden Arbeiters» geht Bertold Brecht (1898–1956) der Frage nach, wer am Ende eines Geschehens die wahren Leistungserbringer sind: «So viele gloriose Taten, doch wer zahlt am Ende die Zeche?»

Im Kontext zur Kohäsionsmilliarde an die EU steht die Antwort fest: Wir Steuerzahler begleichen den Preis – halt so wie fast immer!

Die Schweiz zahlt der EU nun doch eine weitere Kohäsionsmilliarde (genauer: 1'300 Millionen Franken). Was hat die Landesregierung und das Parlament bewogen, dem Drängen, dem unverhüllten Drohen des EU-Molochs am Ende nachzugeben, nachdem besonnene Kräfte im Lande (SVP an vorderster Front) sich dem Vorhaben vehement und mit guten Argumenten widersetzt haben? War es ein Bückling vor «EU-Allmacht», die schiere Furcht vor Ausschluss vom EU-Binnenmarkt oder ein Polit-Fauxpas auf höchster Entscheidungsebene? Egal welchem Pro & Contra-Sichtwinkel man folgt, es bleiben zehn grundlegende Fragen:

1. Wir zahlen, obwohl die EU der Schweiz die Börsenäquivalenz verweigert – wieso?
2. Warum kein Volksentscheid?
3. Woher der Sinneswandel von FDP und «Mitte»?
4. Warum werden an die Auszahlung keine Bedingun-

- gen geknüpft – während die EU keine solchen Skrupel hat?
5. Welches andere Land Europas wird in gleicher Weise zur angeblichen Marktzutritts-Prämie genötigt?
6. Der Schweiz wird der Zugang zum Forschungsprogramm «Horizon Europe» trotz Bilateralen I-Regelung verweigert, und wir honorieren den Vertragsbruch milliardenschwer?!
7. Macht gezeigtes EU-Agittieren gegen uns nun europaweit Schule?
8. Sollten 1,3 Milliarden Steuergelder nicht vornehmlich dem eigenen Volk zugutekommen statt einem fremdem Staatsgefüge?
9. Müsste man SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, sowie FDP-Ständerat Matthias Michel, Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger und Mitstreitern der Aussenpolitischen Kommission angesichts ihres Kniefalls vor EU-Anmassung den Unterschied zwischen anatomischer Wirbelsäule und moralischem Rückgrat nicht dringend erläutern?
10. Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) zum Thema im Wortlaut: «Eine Freigabe der Milliarde ist nun aber keine Garantie, die Schweiz dürfe künftig EU-Gegenleistungen einfordern.»

Logische Konsequenz: Die Milliarde muss an die EU zwingend im Geschenkkarton überreicht werden. Jede andere Verpackungsform wäre reiner Etikettenschwindel.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Luxus-Sozis

Dieselbe anmassende und bevormundende Arroganz finden wir auch in den links-grün regierten Kernstädten, Heimat von Luxus-Sozis und Bevormunder-Grünen. Diese schauen verächtlich auf die Land- und Agglomerationsbevölkerung herab und wollen ihnen vorschreiben, wie sie zu leben und zu reden haben.

Typische Vertreter der Luxus-Sozis sind die SP-Nationalräte Cédric Wermuth und Fabian Molina. Sie moralisieren, predigen Wasser und trinken selber Wein: Sie wollen allen anderen das Fliegen, insbesondere auf Kurzstrecken verbieten, jetten aber selber für ein Selfie mit SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz nach Berlin.

Wie weit sich die urbanen Luxus-Sozis von der Lebensrealität der leistungsbereiten und hart arbeitenden Menschen entfernt haben, zeigt Wermuths Aussage, die SP setze sich für die Búezer ein, die morgens um 8 Uhr aufstehen.

(Marco Chiesa, Präsident SVP, 9.10.2021)

Klimatouristen

Erst vor wenigen Monaten verwarfen die Stimmbürger das CO₂-Gesetz. Damit war klar: Die Idee von Grünen und Sozialdemokraten, die Klimapolitik mit Verboten und neuen Steuern durchzusetzen, hat keine Zukunft. Die Schweizer Bevölkerung wünscht sich eine moderne und effiziente Umweltpolitik: Sie setzt auf Innovation und marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Denn wer Klimapolitik ohne die Wirtschaft machen will, wird nie zum Ziel kommen – dies hat die Bevölkerung erkannt.

Energieversorgungskrise

Grüne Gesinnungspolitik führt früher oder später zur Abschaffung der Vernunft. Weil ihr am Ende der moralische Anspruch immer wichtiger ist als das Ergebnis aufgeklärten Abwägens.

Es ist nicht Naivität, sondern Ignoranz, mit der man die Energieversorgungskrise heraufbeschworen hat. Und es ist nicht so, dass man den Kollaps nicht kommen sähe – er wird bewusst in Kauf genommen – sondern, dass man seine Folgen und Kollateralschäden unterschätzt und schamlos herunterspielt.

Die Münchenhausen-Version einer sozialverträglichen Transformation hat sich bereits selbst widerlegt; die Energiekosten richten sich schon heute massiv gegen alle, die knapp bei Kasse sind und kaum über die Runden kommen.

(Fabian Nicolay, in «Achgut.com», 8.10.2021)

Ganz anders die Klimatouristen aus der Westschweiz, welche auf ihrer Suche nach einer sinnvollen Tagesstruktur in Zürich gelandet sind. Mit unbewilligten Sitzblockaden legen sie den Verkehr lahm, ärgern die Passanten und verursachen teure Zusatzkosten für viele Gewerbebetriebe, welche nicht arbeiten können oder Umwegfahrten auf sich nehmen müssen.

Dass Sicherheitsvorsteherin Rykart zuschaut und die Aktion lange Zeit duldet und sich Stadtrat Wolff persönlich an der illegalen Demonstration beteiligt, ist ein Skandal. Wenn es um die Deckung der Defizite und die roten Zahlen in der Rechnung geht, sind die Unternehmen und Gewerbebetriebe der Stadt recht – denn sie zahlen einen substantiellen Anteil an die Steuern. Dies im Gegensatz zu den linken Aktivisten, welche nur Kosten verursachen.

(SVP Stadt Zürich, 6.10.2021)

Berset

Der «entfesselte» Alain Berset ist nicht Manns genug, sich mittels eines Anwalts gegen eine junge, allein-erziehende Mutter nach deren repetitiver und ungeschützter Besprechung zu wehren. Nicht nur muss er den ganzen Staatsapparat auf Ihre und meine Kosten in Bewegung setzen, nein, auch noch einen Psychiater beauftragen, ein Gutachten über die Frau zu verfassen. Dieser Psychiater-Schmierfink aus Rheinfelden/AG schafft es dann tatsächlich, ohne die Frau auch nur einmal untersucht zu haben, ihr eine Diagnose aus dem psychotischen Formenkreis anzudichten. Das erinnert mich an ganz dunkle Zeiten aus der sowjetischen Zwangspsychiatrie und den Archipel Gulag.

Es kann schnell gehen in der Schweiz, wie auch mein Kollege und Freund, der Kardiologe Thomas Binder aus Wettingen, bereits zu Beginn der Pandemie erfahren durfte: Er wurde mal auf Verdacht (ja auf welchen wohl?) in einer geschlossenen Anstalt während sechs (!) Tagen zwangspsychiatriert – von einer Hundertschaft «Overdressten» – auf Ihre und meine Kosten.

(Dr. med. Marco Caimi, «Standpunkte aus dem Backstage», 4./5.10.2021)

Zufall

Schon wieder ein Zufall. Die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich hat als neue Chefin der Flughafenpolizei-Spezialabteilung im Range eines Leutnants eine Frau Hauptmann (Armee) und Juristin angestellt. Nach einem «umfassenden und tiefeschürfenden Auswahlverfahren». Sie hat Jahrgang 1988 und geht noch in die Generalstabsausbildung. Schön. Das ist Frau Eva Regniet. Sie ist die Tochter von Frau Regierungsrätin Silvia Steiner. Das sind «echte Zufälle» – gehen wir wieder ans Tagewerk!

(Tis Hagmann, Büro Ha, Schöftland, 7.10.2021)



Selbstverantwortung statt Funktionärsdiktat

Covid-19 Der Standpunkt der Schweizerzeit

- Die Impfung gegen Covid-19 ist zweifellos mit gewissen Risiken verbunden.
- Aber auch der Verzicht auf die Impfung beinhaltet Risiken.
- Risikofreie Existenz wurde dem Menschen nie zugesichert – kann ihm auch heute nicht garantiert werden.
- Also muss Jede und Jeder aufgrund seiner persönlichen Situation abwägen, wie er sich bezüglich der Covid-19-Impfung entscheidet.
- Er entscheidet frei und in Kenntnis der Risiken, die von seinem Entscheid pro oder contra Impfung ausgehen.
- Für den getroffenen Entscheid hat sich niemand zu rechtfertigen.
- Und keine staatliche Instanz darf sich anmassen, jemanden für den von ihm getroffenen Entscheid, wie immer dieser ausgefallen ist, zu diskriminieren.

Und für die Lage jetzt und heute muss gelten:

- Aktionen gegen Veranstalter, Gaststättenbesitzer usw., die sich um des Überlebens ihres Betriebs, ihrer Firma oder Organisation willen obrigkeitlich erlassenen Zertifizierungs-Auflagen unterziehen müssen, bringen nichts.
- Alle Anstrengungen sind derzeit vielmehr darauf zu konzentrieren, am 28. November 2021 das Covid-19-Gesetz endgültig zu Fall zu bringen – auf dass Freiheit und Selbstverantwortung in der Schweiz wieder gelten, so wie sie gemäss Bundesverfassung jedem Bürger und jeder Bürgerin gewährleistet sind.

Wirtschafts-Einschränkungen

Schikanen da – Bevorteilung dort

Tausende KMU-Betriebe, abertausende Gastrobetriebe haben die von Bern verfügbaren Corona-Auflagen (Maskenpflicht, Abstandsregeln, Zugangsbeschränkungen, monatelange Betriebsschliessungen usw.) sorgfältigst eingehalten. Das hat ihnen Einbussen in der Höhe von vieltausend Franken gekostet, nicht selten sogar ihre Existenz in Frage gestellt.

Dies, obwohl nie auch nur ansatzweise Ansteckungsgefahr in solchen Betrieben festgestellt werden konnte. Dem öffentlichen Verkehr – heilige Kuh für Bundesbern – wurden dagegen keinerlei Beschränkungen auferlegt, weder Abstandsvorschriften noch Zugangsbeschränkungen. Die auf dem Papier ausgesprochene Maskenpflicht wurde täglich von Tausenden hohnlachend übergangen – durch Trink- und Essgelage in den fahrenden Zügen.

Bundesbern hat dazu gemauert: Wer Abklärungen über die Ansteckungsgefahr im öffentlichen Verkehr forderte, wurde brüsk abgewiesen.

Privatbetriebe wurden schikaniert, Bundesbetriebe demonstrativ bevorteilt.

28. November 2021 **Gefährliche
Covid-Verschärfung
NEIN**

Maskentheater

Monate vor Corona-Ausbruch unterzog sich Bundesbern einer grossangelegten Pandemie-Übung. Als Resultat stellte die Bundesbürokratie fest: Grosse Vorräte an Masken sind im Hinblick auf mögliche Notfälle unabdingbar anzuschaffen!

Der Erkenntnis folgten allerdings keinerlei Taten. Die Bundesbürokratie hat den Einkauf von Masken fahrlässig vergessen.

Als Corona im März 2020 zum Ernstfall wurde, gab es zu Bern schlicht und einfach keine Masken. Also verkündete das Bundesamt für Gesundheit (Bundesrat Alain Berset unterstellt): Masken sind unnötig. Masken können nichts zur Eindämmung von Corona beitragen.

Interessant: Kaum war diese Botschaft veröffentlicht, sanken die Corona-Ansteckungszahlen rapide, bis fast auf null.

Gleichzeitig kaufte Bundesbern – zu horrenden Preisen – überall auf der Welt, wo solche aufzutreiben waren, Millionen von Masken. Vor allem in China. Sobald sie in der Schweiz eingetroffen waren, setzte das Bundesamt für Gesundheit, das Masken kurz zuvor noch als nutzlos bezeichnet hatte, umfassendste Maskenpflicht durch – in allen Innenräumen.

Eigenartig: Kaum war diese Maskenpflicht durchgesetzt, stiegen die Ansteckungszahlen in vorher nie erreichte Höhe.

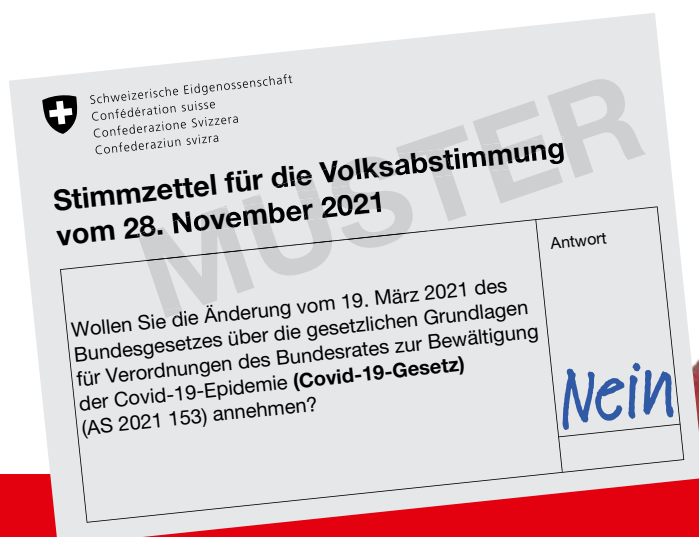
Seltamer «Leistungsausweis» der Berner Funktionärsherrschaft.

Grenzkontrollen unterlassen

Schon im Frühjahr 2020 war klar: Hätte man die Südgrenze, woher Corona in die Schweiz eingeschleppt wurde, streng kontrolliert, zeitweise gar geschlossen, wäre die Schweiz kaum von einer Pandemie getroffen worden. Aber der zu Bern dominierende blinde Glaube an uneingeschränkte Personenfreizügigkeit liess die Bundesbürokratie auf sorgfältige Grenzkontrolle viel zu lange verzichten. So verschuldete Bundesbern im Tessin fahrlässig eine Notlage. Und aus einzelnen Ansteckungen entstand eine landesweite Pandemie. Nur weil Bern rigorose Grenzkontrollen bewusst unterlassen hat.

Als im Sommer 2021 die Ansteckungszahlen in der Schweiz markant zurückgingen, wurde von Bundesbern uneingeschränkte Reisefreiheit in Balkan-Länder erneut fahrlässig geduldet. Prompt wurde Corona wieder eingeschleppt. Was die Intensivstationen in hiesigen Spitälern stark belastet hat – zumal im Ausland infolge selbstverschuldeten, fahrlässigen Verhaltens erkrankte Patienten sogar noch extra eingeflogen wurden. Die so in grosser Zahl importierten Corona-Fälle lieferten der Bundesverwaltung dann den Vorwand, die versprochene Aufhebung aller Einschränkungen zu widerrufen.

Reisefreiheit für Fahrlässige – damit die Sorgfältigen weiterhin Kontrollschikanen unterstellt werden konnten.



Rechtsverdrehung

Im Rechtsstaat gilt: Wer sich ein Vergehen oder ein Verbrechen zuschulden kommen lässt, wird dafür persönlich belangt und bestraft.

Aber unter Corona-Vorwand wurde in der Schweiz neues «Recht» durchgesetzt: Eigentümer von Läden und Gaststätten, wo von Einzelnen begangene Verstöße gegen Corona-Massnahmen festgestellt wurden, werden für Verstöße von Gästen oder Kunden auf massivste Weise bestraft mit extrem hohen Busen, unter Umständen gar mit obrigkeitlich verfügter Betriebsschliessung.

Sind denn Gaststätten neuerdings der Obrigkeit unterstellte Polizei- und Fahndungsorgane?

So gestaltetes «Recht» kennen bislang nur totalitäre Staaten: Wer der Obrigkeit nicht bedingungslos zudient, wird streng bestraft – bis hin zur Existenzvernichtung.

In einem Rechtsstaat darf solche Rechtsbiegung nicht stattfinden – auf gar keinen Fall!

Freiheitsberaubung

Als endlich Impfungen möglich waren und – nach monatelanger Verzögerung – endlich ausreichend Impfstoff beschafft war, versprach Bundesrat Alain Berset, oberster Verantwortungsträger der Schweizer Gesundheitspolitik, hoch und heilig: Sobald alle, die sich impfen lassen wollen, geimpft sind, können alle mit Corona begründeten Einschränkungsmassnahmen aufgehoben werden.

Als es soweit war, befahl Bundesbern das Gegenteil: Liederlichkeit bezüglich Grenzkontrollen bewirkte einen Massenimport von Infizierten, die dann unsere Spitäler belasteten. Statt der versprochenen Lockerungen wurden die Auflagen und Schikanen verschärft. Seither herrscht Zertifikatspflicht – unsinnig auf jede denkbare Aktivität der Bevölkerung ausgedehnt.

Will Bundesbern Zertifizierungs- und Beschränkungsmassnahmen eigentlich für immer beibehalten? Kann dies dereinst mit Corona nicht mehr begründet werden – wird man es dann mit Klima-Anforderungen begründen?

Schluss mit Beschränkung der in der Verfassung verankerten Freiheitsrechte! Schluss mit Kontrollwillkür der Bundesbürokratie!



Covid-Verschärfung NEIN



Die Senioren als Opfer

Als Klarheit bestand, dass vor allem Senioren, die bereits schwere Erkrankungen durchgemacht haben, von Corona wirklich bedroht sind, wurden Angehörige der Senioren mit massiver Besuchsbeschränkung, allzu oft sogar mit Besuchsverbot belegt. Den Heiminsassen wurde damit unerträgliche, lieblose Isolation zugemutet. Viele der betroffenen Senioren verstanden nie, was da vorging – versanken elendiglich in ihrer Einsamkeit.

Dem Personal, vielfach aus dem Balkan stammend, wurde unbeschränkte Reisefreiheit in ihre von Corona stark betroffenen Herkunftsländer dagegen immer gestattet. So wurde Corona auch eingeschleppt. Allzu oft mit tödlichen Folgen.

Den engsten Angehörigen wurde allenfalls dann, wenn ein Heiminsasse in seinen letzten Stunden lag, noch Zugang zum Sterbenden erlaubt – oft erst dann, wenn der Sterbende Besucher gar nicht mehr zu erkennen vermochte.

Unerträglich! Unwürdig! Unmenschlich!

Ausnahmerecht

Im März 2020 war die Unsicherheit über die Verbreitung von Corona dermassen gross, dass die Anwendung von Ausnahmerecht mit Sondervollmachten für die Bundesbehörden als angemessen akzeptiert werden konnte.

Spätestens im Juli 2020 war aber klar: Echt gefährdet, also sorgfältig mit Schutzmassnahmen abzusichern sind nur die Senioren, besonders jene, die bereits eine ernsthafte Erkrankung durchgemacht haben.

Dieses Erfordernis kann die Schweiz, können Ärzte, Spitäler, Gesundheitseinrichtungen erbringen, ohne dass Sonderrecht notwendig ist.

Seit Mitte 2020 besitzt das Vollmachten-Regime des Bundesrats keine Rechtsgrundlage mehr. Es ist umgehend aufzuheben.

28. November 2021 **Gefährliche Covid-Verschärfung NEIN**

Ich bestelle Abstimmungsmaterial

Per Internet flyer-ueberall.ch/schweizerzeit-covid-nein: Flyer verteilen lassen

Mit wenigen Klicks die Verteilung in Ihrer oder allenfalls weiteren Gemeinden spenden.

Per Internet schweizerzeit.ch/covid-nein: Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, «Schweizerzeit»-Sonderdruck, «Schweizerzeit» zur Probe

Per Telefon 052 301 31 00 (Bürozeiten): Flyer verteilen lassen, Einzahlungsschein, «Schweizerzeit»-Sonderdruck, «Schweizerzeit» zur Probe

Per Post: Abstimmungsmaterial gemäss Talon

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon/Mobile

Flyer verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:

Einen Einzahlungsschein für Spende

..... (Anzahl) Exemplare des «Schweizerzeit»-Sonderdrucks

Eine «Schweizerzeit» zur Probe

Covid-Gesetz:

Verfassungswidrig

von Karl Spühler, Prof. Dr. iur., ehem. Bundesrichter, Winterthur

Das Covid-Gesetz kommt am 28. November 2021 zur Volksabstimmung. Eine sorgfältige Analyse zeigt, dass es vor der Bundesverfassung nicht standhält.



Die sogenannten «Freunde der Verfassung» haben mit rund 187'000 Unterschriften das Referendum eingereicht. Diese hohe Zahl bildet ein Indiz dafür, dass etwas nicht stimmt. Stein des Anstosses bildet die grundsätzlich unbefristete Schaffung der gesetzlichen Grundlage für das Covid-Zertifikat. Dieses dokumentiert eine Covid-19-Impfung, eine durchgemachte Erkrankung

oder ein negatives Testergebnis und soll erst den Zutritt in Restaurants und gewissen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen ermöglichen. Für Wirtschaftsbesuche und viele Veranstaltungen ist das Zertifikat Eintrittsvoraussetzung. Dadurch werden zwei Arten von Menschen geschaffen.

Es werden Personen, die über kein Zertifikat verfügen, recht eigentlich ausgegrenzt. Sie sind nur noch zweitklassig. Sie können ihren Arbeitsplatz verlieren, können ihre Verpflegung nicht mehr in einem Restaurant einnehmen usw. In gewissen Gymnasien werden sie gegenüber Mitschülern stigmatisiert. Das Innehaben eines Zertifikates wird von Staates wegen geprüft. Es erfolgt eine eigentliche Überwachung. Motiv ist der Zwang zu einer Corona-Impfung, damit die entsprechende Pandemie besser bekämpft und beendet werden könne.

Diskriminierungsverbot

Die Verfassungsmässigkeit derartiger Gesetzesauswirkungen wird von der Exekutive negiert oder doch als zweitrangig eingestuft. Das Parlament macht mehrheitlich mit. Es wird verkannt, dass unsere Bundesverfassung Basis und Grundlage allen staatlichen Handelns und damit den Kern unseres Rechtsstaates bildet.

Wie heisst es doch in unserer Verfassung? In Art. 8 Abs. 2 steht ausdrücklich, dass niemand diskriminiert werden darf, vor allem nicht wegen der religiösen, weltanschaulichen oder der politischen Überzeugung. Und ebenso deutlich ist Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung: Jeder Mensch hat Anspruch auf persönliche Freiheit, auf körperliche Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit. Dass das Diskriminierungsverbot rechtlich von grosser Bedeutung ist, zeigt der Umstand, dass das Bundesgericht seit dem Jahre 1954 nicht weniger als 141 Urteile mit dieser Problematik publiziert hat. Es erwog dabei, dass die Diskriminierung eine qualifizierte Art der Ungleichbehandlung bildet.

Ausnahmen

Sorgfältig und in Kenntnis der möglichen tatsächlichen Verhältnisse erkannte das Bundesgericht, dass Ausnahmen bestünden. Dafür sind nach der konstanten Rechtsprechung des Bundesgerichtes jedoch sachliche Gründe erforderlich. Diese sachlichen Gründe sind aber nur massgeblich, wenn sie rechtmässig, das heisst ihrerseits konform mit der Verfassung sind. Sie haben vor allem Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung zu entsprechen.

Eine Impfung bildet klar einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Sie bedarf des ausdrücklichen Einverständnisses der betroffenen Person. Dafür direkten oder indirekten Zwang auszuüben ist somit verfassungswidrig. Dass auch ein Schutz gegen mittelbaren oder indirekten Zwang besteht, hat das Bundesgericht schon im Jahre 1956 entschieden. Weil das Covid-19-Gesetz u.a. einen solchen bezweckt, ist es insofern und insoweit verfassungswidrig.

Verletzung der persönlichen Freiheit

Verletzt ist auch die persönliche Freiheit. Mildere Massnahmen als eine Zertifizierungspflicht würden ebenfalls zum Ziel führen, d.h. eine solche wäre hierfür nicht erforderlich; die Maskenpflicht u.a. zeigte bekanntlich auch Erfolge.

Die Zertifizierungspflicht ist nicht verhältnismässig. Sie führt zu einer elektronischen Überwachung des sozialen Lebens. Eine Ausgrenzung ganzer Teile der Bevölkerung führt allenfalls rascher zum Ziel; der Zeitgewinn ist jedoch mit aller Wahrscheinlichkeit nicht derart überwiegend, dass dies die schwerwiegenden Eingriffe aufzuwiegen vermöchte. Die Zertifizierungspflicht führt wie dargelegt zu einer staatlichen Überwachung von unbescholtenen Personen, was ebenfalls der persönlichen Freiheit widerspricht.

Es liegt somit ein mehrfacher, d.h. qualifizierter Verstoß gegen die Bundesverfassung vor. Da wir in der Schweiz über keine Verfassungsrechtsprechung und kein entsprechendes Verfassungsgericht verfügen, kann ein Bundesgesetz nicht auf die Übereinstimmung mit der Bundesverfassung beim Bundesgericht angefochten werden. Dessen Rechtsprechung bezieht sich nur auf kantonale Gesetze und Verfügungen. Somit müssen die Stimmberechtigten die Überprüfung auf die Verfassungsmässigkeit übernehmen und am 28. November Nein stimmen.

Karl Spühler

Migration

Wird die Corona-Pandemie die Migrationsströme verstärken?

Viele Leute glauben, dass die Pandemie die Migrationsströme noch verstärken wird. Falls sich diese Vorhersage bewahrheitet, werden wir Zeugen eines (weiteren) Angriffs auf das Privateigentum. Die Frage lautet: Was muss in diesem Fall getan werden? Hans-Hermann Hoppe nimmt dazu wie folgt Stellung.



Ich stimme dieser Einschätzung im Wesentlichen zu. So wie die Pandemie ärmere Leute härter getroffen hat als reichere, so haben auch ärmere Länder und Regionen, wie z.B. der Nahe Osten und Afrika, wirtschaftlich stärker gelitten als die vergleichsweise reicheren Länder Westeuropas. Dementsprechend hat sich die Attraktivität der westeuropäischen Länder für potenzielle Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika durch die Pandemie noch weiter erhöht. Schon vor der Pandemie musste die Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika nach Westeuropa als eine Art ausländische Invasion bezeichnet werden. Jetzt, als Folge der Pandemie, ist damit zu rechnen, dass die Zahl der potenziellen Invasoren noch weiter ansteigt.

Schon vor der Pandemie musste die Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika nach Westeuropa als eine Art ausländische Invasion bezeichnet werden. Jetzt, als Folge der Pandemie, ist damit zu rechnen, dass die Zahl der potenziellen Invasoren noch weiter ansteigt.

Leben auf Kosten der Einheimischen

Diese Invasoren kamen und kommen nicht mit Absicht, die Zielländer militärisch zu erobern und zu besetzen. Dennoch sind sie Invasoren. Zum einen, weil keiner von ihnen von den Einheimischen oder den ansässigen Institutionen persönlich eingeladen wurde, und zum anderen, weil sie sich nach ihrer Ankunft am Zielort nicht mit normalen Mitteln, d.h. mit eigenem Geld, sondern durch Plünderung, also auf Kosten der Einheimischen, ernähren. Ausserdem ist das Plündern heute im Vergleich zu früher viel einfacher. Die Eindringlinge müssen nicht erst lange suchen, um herauszufinden, wo es mehr oder weniger zu plündern gibt. Vielmehr wissen sie von vornherein, wie hoch die Belohnung ist, die sie an den verschiedenen Orten erwartet. Darum sind beispielsweise Schweden und Deutschland (und auch die Schweiz – die Red.) die bevorzugten Ziele.

Nur mit einem Handy bewaffnet

Und wo auch immer die Eindringlinge landen, ihre Plünderung erfordert keine Gewaltanwendung, sie kommen in der Regel nur mit einem Handy bewaffnet und registrieren sich bei irgendeinem staatlichen Amt. Und der Staat als oberster einheimischer Plünderer versorgt sie dann mit Unterkunft, Essen und etwas Taschengeld aus seinem eigenen riesigen Beutefundus (aus Steuern und so genanntem öffentlichem

«Hoppe Unplugged»

Obwohl Hans-Hermann Hoppe – Volkswirt und einer der streitbarsten libertären Intellektuellen der Gegenwart – ausserhalb libertärer Kreise nicht sonderlich bekannt ist, gehört er zu den grossen Staats- und Freiheitsphilosophen unserer Zeit. Was eher als Widerspruch erscheinen mag, hat eine ganz einfache Erklärung: Das Urteil, das Hoppe über den Staat fällt, ist derart vernichtend, dass er für dessen zahlreiche Profiteure und Kostgänger ein gefährlicher Mann ist. Thomas Jacob, Herausgeber des Buches «Hoppe Unplugged» hat darum das 72-seitige Werk mit dem augenzwinkernden Hinweis «Achtung subversiv» versehen. Hoppe argumentiert «radikal», im ursprünglichen Sinn des Wortes «an die Wurzel gehend». Selbst dort, wo viele einwenden werden, die aktuellen Herausforderungen (wie Corona, EU, Freihandel, Klima) seien nur durch einen starken Staat – bzw. supranational – zu meistern, zeigt Hoppe auf, dass auch hier oft das Gegenteil der Fall ist. Den Schlüssel zu echten Problemlösungen sieht Hoppe in der Privatrechtsgesellschaft. Zentral ist für ihn der Vertrag, denn im Unterschied zum Staat müsse ein privater Anbieter genau definierte Leistungen anbieten.

Der nebenstehende Text ist der «Migration» gewidmet und handelt das hochaktuelle Thema in – wie erwähnt – «radikaler» Weise ab. Wer das «Abenteuer Hoppe» eingehen will, bestellt das Buch «Hoppe Unplugged» bei Smart Investor, oder er findet es unter:

www.hoppeunplugged.com

Eigentum), in der Erwartung, dass die Invasoren ihn im Gegenzug für diese öffentliche «Grosszügigkeit» fortan bei seinen eigenen künftigen Plünderungen tatkräftig unterstützen.

Darüber hinaus weist die derzeitige Massenmigration aus dem Nahen Osten und Afrika in die Länder Westeuropas eine weitere Besonderheit auf. Es ist nicht zwangsläufig so, dass die Invasoren für immer Plünderer bleiben, die auf Kosten der einheimischen Bevölkerung plündern und leben. Es ist auch möglich, und dafür gibt es historische Beispiele, dass sich einige ursprüngliche Invasoren als besser, erfinderischer, produktiver und unternehmerischer als die einheimische Bevölkerung erweisen und somit das eroberte Land eher bereichern als verarmen lassen.

«Das aktuelle Zitat»

«Während muslimische Frauen gefoltert, von ihren Familien aus Gründen der Ehre ermordet oder zu Tode gesteinigt werden, tragen viele westliche multikulturelle und politisch korrekte Feministinnen den Gesichtsschleier und das Kopftuch als Symbole des Antirassismus und als eine Form des Respekts, wenn sie muslimische Länder besuchen. Solche Feministinnen bringen auch alle andern Ansichten in akademischen Zeitschriften, in den Medien und in feministischen Internetgruppen zum Schweigen und verteufeln sie.»

Phyllis Chesler, em. Professor für Psychologie am New Yorker College of Staten Island, auf dem Blog Achgut.com vom 11. September

Im vorliegenden Fall ist dies jedoch definitiv nicht der Fall. Bei den derzeitigen Invasoren handelt es sich in der überwältigenden Zahl der Fälle um Menschen, die – um es milde und so höflich wie möglich auszudrücken – mit einem eher geringen Humankapital ausgestattet sind, so dass die meisten von ihnen auf der Straße landen und als Steuerkonsumenten eine ständige Belastung für die Wirtschaft sein werden. Schlimmer noch: In engem Zusammenhang mit diesem Malaise steht die Tatsache, dass die derzeitige Generation der Invasoren auch eine unverhältnismässig hohe Kriminalitätsrate aufweist.

Was ist zu tun?

Was in dieser Situation zu tun ist, liegt auf der Hand. Die Invasoren müssen gestoppt werden! Nur eingeladene Personen, die die vollen Kosten ihrer Anwesenheit selbst tragen, dürfen ins Land gelassen werden. Genauer gesagt: Es sollten alle Boote mit so genannten Flüchtlingen, die versuchen, das Mittelmeer zu überqueren, um beispielsweise in Italien an Land zu gehen, sofort an ihren Herkunftsort zurückgebracht werden. Die Besatzung muss verhaftet und gezwungen werden, für alle Kosten dieser Expedition aufzukommen, und die Boote sollten beschlagnahmt werden.

Und der ganze Spuk ist vorbei ...

Nur ein paar solcher Aktionen, und der ganze Spuk ist ein für alle Mal vorbei! Das gleiche Verfahren sollte auf die Organisatoren und Beteiligten von Invasionen über den Landweg, z.B. über den Balkan, angewandt werden. Alle inländischen Förderer von sogenannten Flüchtlingen, ob Privatpersonen, Kirchen oder sonstige Organisationen, sollten die vollen Kosten für die Anwesenheit ihrer Geförderten tragen und für alle von ihnen verursachten Schäden haftbar gemacht werden. Das heisst: Keine Abwälzung der Kosten auf andere!

Nur noch Botschaftsasyll

Und was die Asylbewerber anbelangt, sollten sie nach Möglichkeit zunächst bei der nächstgelegenen

Botschaft oder dem nächstgelegenen Konsulat des gewünschten Ziellandes einen Antrag stellen und dort überprüft werden, denn diese Institutionen dürften aufgrund ihrer besseren Kenntnis der örtlichen Verhältnisse am ehesten in der Lage sein, zwischen echten und unechten Fällen zu unterscheiden: Schliesslich sind uns nicht wenige Fälle bekannt, in denen jemand, der behauptet, er sei in unmittelbarer Gefahr, unschuldig getötet oder gefoltert zu werden, erst gestern oder vor einem Jahr selbst ein Mörder oder Folterer unschuldiger Menschen gewesen ist. Verdienen solche Kreaturen Asyl?

Die Massnahmen, die erforderlich sind, um die Invasion Westeuropas durch Massen ungebetener Fremder zu stoppen, liegen zwar auf der Hand, doch ich bezweifle stark, dass auch nur eine davon tatsächlich ergriffen wird, ungeachtet der Tatsache, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung in ganz Westeuropa einen sofortigen Stopp der derzeitigen Einwanderungspolitik ihrer Regierungen wünscht.

Hans-Hermann Hoppe

Churz & Bündig

Biels Stadtpräsident verlangt, dass die Stimmen der Städte in Volksabstimmungen stärker zählen sollten als jene aus den (zurückgebliebenen) Landkantonen. Die Städte sollten also die Landgebiete beherrschen, und die Landgebiete sollten sich den Städten unterwerfen. Sagt der Stadtpräsident jener Stadt, die mehr als hundert Prozent ihres Steuerertrags allein für die aus aller Welt nach Biel strebenden Sozialfälle verschwendet. Biel lebt also davon, das umliegende Land aussaugen zu können.

Wehe, eine Partei bezeichnet solche Aussaug-Politik als das, was sie ist: Ausplünderung der auf dem Land lebenden Einwohner. Wer das feststellt, wird von den Medien flugs beschimpft, er würde «Gräben zwischen Stadt und Land aufreissen».

*

«Ehrenmord»: Was für ein schreckliches Wort für schreckliche Verbrechen, die in den muslimischen Gesellschaften nicht allzu selten Tatsache werden. Die Antirassismus-Propheten haben für dieses schreckliche Geschehen jetzt ein neues Wort erfunden: «Femizid». Auf dass höchstens Wenige merken, was, wo solches vermeldet wird, tatsächlich vorgefallen ist.

*

Die SVP habe in Zürich nichts verloren, trompetet ein Dominik Waser, grüner Möchtegern-Stadtrat in ihm vorgehaltene Mikrofone. Natürlich, die Abzocker der Steuerzahler möchten lieber ganz unter sich bleiben, so lassen sich diejenigen, die für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts noch arbeiten, weit leichter ausplündern.

us

Sie sind unter uns



In Norwegen wurden bei einem Terroranschlag in einer Kleinstadt fünf Personen getötet. Die Polizei hatte den Täter, der zum Islam konvertiert ist, bereits wegen Hinweisen auf eine Radikalisierung auf dem Radar. Dennoch waren die Behörden machtlos und konnten den Mann nicht von der schrecklichen Tat abhalten.

Gut zwanzig Jahre nach den Terroranschlägen in den USA müssen wir festhalten, dass der islamistische Terror Teil unserer westlich-zivilisierten Welt geworden ist. Waren früher v.a. Metropolen wie Paris, Berlin oder London, welche aufgrund einer verfehlten Migrations- und Integrationspolitik natürliche Brutstätten fundamental-islamistischer Kräfte geworden sind, vom Terror betroffen, ist nun ganz Europa im Alarmzustand. Die islamistischen Terroristen sind unter uns. Köpfungen und Tötungen auf offener Strasse, wir erinnern an den Anschlag auf einen Lehrer in Paris oder in der Wiener Innenstadt, sind Folge dieses Zustands. Die Radikalisierung junger Islamisten, in zunehmend für die Polizei nicht mehr zugänglichen Gebieten in den Vorstädten, ist eine der grössten Gefahren unserer Zeit.

Oft handelt es sich bei den Tätern um hier geborene Bürger der zweiten oder dritten Generation oder um

angebliche junge Kriegsflüchtlinge. Diese haben sich rasch unerkannt radikalisiert, weil die Sicherheitsbehörden «dank» extremer Datenschutzvorgaben von links kaum Handlungsspielraum haben. Und wenn sie dann doch mal entdeckt werden, fehlen oft die Ressourcen, um sie zu verfolgen. Diese Laisser-faire-Haltung stürzt Europa seit Jahren ins Elend.

Man würde meinen, dass die Terrorbekämpfung heute oberste Priorität für Europa hat. Doch was machen die Länder? Nichts. Teile der europäischen Vorstädte sind No-Go-Areas für die Polizei, und radikale Islamisten werden von den Behörden in Ruhe gelassen. Bei jeder Flüchtlingswelle nisten sich neue Attentäter unter die Schutzbedürftigen, welche dann früher oder später unsere Städte terrorisieren. Anstatt lückenlose Grenzkontrollen einzuführen und Illegale am Einmarsch nach Europa zu hindern, kümmern sich unsere Medien lieber um angebliche Verstösse europäischer Grenzpolizisten und senden aufgebauschte Berichte über den Zustand unserer Aussengrenzen. Dabei sollte jeder Regierung im Jahr 2021 klar sein: Wer in den Vorstädten und an den Aussengrenzen Europas nicht für Ordnung sorgt, wird früher oder später von messerstechenden Steinzeit-Islamisten terrorisiert, die nur darauf warten, sich hier breit zu machen. Es wird Zeit, dass Europa aufwacht.

Joël Thüiring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

Das Büro Ha deckt auf!

Die EU hat wieder einmal eine Maus geboren. Man stelle sich die Dimension vor: Die Normierung von «Kabeli» wird im EU-Befehl geregelt, wie damals die Gurken-Krümmung. Das ist doch klar eine Markt-Angelegenheit. Aber schliesslich müssen die Apparatschiks zu Brüssel etwas zu tun haben. Und wenn es (nur) die Gängelung der Bürger und Wirtschaft ist.

*

Weiter im Wunschkonzert der EU-Kommissionspräsidentin: In regelmässigen Abständen fordert sie die «Militarisierung der EU». Da man (Achtung Wort-hülse) «auf globaler Ebene in eine neue Ära verstärkter Konkurrenz» eintrete. Sie will militärisch «stark werden» und zwar ohne die Beteiligung von Nato oder Uno. Sie will die «Europäische Verteidigungsunion» anstreben, um (noch schöner!) «in unterschiedlichen Regionen für Stabilität» zu sorgen. Aha. Das tönt nicht nach «kampffähig». Und bereits mehrmals haben wir die Frage gestellt: Mit welchen Mitteln, mit welchen Kräften, in welcher Zeit, unter welchen Bedingungen und mit welcher

Durchhaltefähigkeit? Nichts von alledem, weil die EU-Armeen mehrheitlich nur noch einen Schatten ihrer selbst darstellen. Ex Knarren-Uschi sollte das eigentlich wissen, nachdem sie die Bundeswehr an die Wand gefahren hat.

*



Das ist Dilay Willemstein, 20, die holländische Vertreterin an den Miss World Wahlen in Puerto Rico. Sie nimmt nicht teil, da sie sich nicht impfen lassen will! «Da mache ich nicht mit!» sagt sie. Gefällt mir. Und wichtig (für Botaniker): Sie hat wirklich einen prächtigen Blumenstraus.

Tis Hagmann



Brian alias Carlos

Eine unendliche Skandalgeschichte

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Murphy's Law, das Gesetz, wonach «Alles, was schief gehen kann, auch schief gehen wird», erfüllt sich seit vielen Jahren eindrücklich durch das Straf- und Vollzugsdesaster i.S. Brian, alias Carlos.



Angefangen hat das Ganze im Jahre 2014, als bekannt wurde, dass der damals noch jugendliche Carlos durch die Zürcher Jugendanwaltschaft in ein sündhaft teures Sondersetting gesteckt wurde. Der zuständige Jugendanwalt verteidigte dieses Vorgehen öffentlich, wobei es den Behörden bald einmal nicht mehr wohl bei der Sache war. Daraufhin hat die Zürcher Justizdirektion die Übung abgebrochen und Carlos in Haft gesteckt, obwohl er zum damaligen Zeitpunkt gegen keine Auflagen verstossen hatte. Offenbar war der politische Druck zu gross geworden.

Aus dem Ruder gelaufen

In der Zwischenzeit sind etliche Jahre vergangen, und das Strafregister von Carlos, welcher plötzlich unter seinem richtigen Namen Brian auftrat, wuchs unaufhörlich. Offenbar war der Turnaround nicht gelungen und die Sache längst aus dem Ruder gelaufen. Brian verweigert jegliche Therapieangebote und wird für die Justiz-, Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörden zur echten Belastung. Ganze Bereiche in der zürcherischen Strafanstalt Pöschwies werden baulich an den gewalttätigen und körperlich kräftigen Insassen angepasst, dies ohne grossen Erfolg. Brian soll innert kürzester Zeit die neue Zelleneinrichtung zu Kleinholz verarbeitet haben.

Aus dem Ruder gelaufen

In der Zwischenzeit sind etliche Jahre vergangen, und das Strafregister von Carlos, welcher plötzlich unter seinem richtigen Namen Brian auftrat, wuchs unaufhörlich. Offenbar war der Turnaround nicht gelungen und die Sache längst aus dem Ruder gelaufen. Brian verweigert jegliche Therapieangebote und wird für die Justiz-, Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörden zur echten Belastung. Ganze Bereiche in der zürcherischen Strafanstalt Pöschwies werden baulich an den gewalttätigen und körperlich kräftigen Insassen angepasst, dies ohne grossen Erfolg. Brian soll innert kürzester Zeit die neue Zelleneinrichtung zu Kleinholz verarbeitet haben.

Vielleicht muss auch anerkannt werden, dass unsere rechtsstaatlichen und strafprozessualen Instrumente in einem derart aussergewöhnlich gelagerten Fall nicht greifen. Die Leidtragenden sind die Gefängnis-Angestellten, welche tagtäglich mit Brian zu tun haben und viel zu oft der Gefahr ausgesetzt sind, von diesem in einem unachtsamen Moment spitalreif geprügelt zu werden.

Glorifizierung zulasten des Steuerzahlers

Dass sich massenhaft Anwälte für ihn einsetzen, ist in Anbetracht dieses lukrativen Officialverteidigungsmandats nicht weiter verwunderlich. Es ist nicht davon auszugehen, dass Brian über ein finanzielles Polster verfügt, welches ihm erlauben würde, seine Anwälte aus dem eigenen Sack zu berappen. Dafür muss der Steuerzahler einspringen. Störend an diesem medialen Rummel ist der Umstand, dass sich dieser Straftäter in seiner Haltung bestärkt sieht.

In einem grösseren Beitrag der «Sonntagszeitung» haben die beiden renommierten forensischen Psychiater Frank Urbaniok und Marc Graf eindringlich vor dieser Glorifizierung gewarnt. In der Zwischenzeit wurde bekannt, dass ein linkes Künstlerkollektiv – sekundiert von Anwälten und Menschenrechtsaktivisten – sich des Falls Brian angenommen hat und mit fragwürdigen Objekten und Forderungen an die Öffentlichkeit tritt. Da wurden Brian-Plastikfigürchen geschaffen und eine Box mit den Abmassen der Gefängniszelle aufgestellt.

Der eigentliche Skandal

Doch jetzt kommt der eigentliche Skandal. Dieses Künstlerkollektiv erhielt von der Stadt und dem Kanton Zürich insgesamt 70'000 Franken für dieses Œuvre. Der Staat trägt nicht nur die gesamten Straf- und Vollzugskosten, sondern spricht noch Gelder für «Künstler», damit diese quasi künstlerisch den Geldgeber und somit den Steuerzahler vorführen können. Die Kulturabteilungen der kantonalen und jene der stadtzürcherischen Verwaltung lassen jegliches Fingerspitzengefühl vermissen und realisieren nicht, dass durch ihr Verhalten nicht nur andere Behörden blossgestellt, sondern die Opfer von Brian im hohen Masse verletzt werden. Aber was sind für solche Kunstschaffenden schon Opferbefindlichkeiten in Anbetracht dieses ach so armen Täters.

Zum Glück regt sich jetzt politischer Widerstand im Zürcher Kantonsrat in Form einer Interpellation, eingereicht von Vertretern der SVP und der EDU. Interessant wäre zu erfahren, ob bei einem rechten Künstlerkollektiv der Geldfluss staatlicher Kulturfachstellen bei der Schaffung eines Kunstobjektes für die Oper von Brian auch derart grosszügig gesprudelt hätte.

Markus Melzl

Churz & Bündig

Die Armee, klagen die Tages-Anzeiger-Medien im Chor, stehe vor einem ungeheuren Finanzloch. Sie müsse deshalb sogar bei der Munition sparen. Offenbar aber nicht bei der Unterwäsche für Mann- und Frauschaft – im Zeitalter des Feminismus neuerdings eine der Armee unterschobene Aufgabe. Als hätte sich die Armee, solange sie noch echte Milizarmee war, mit eigener Bürokratie je um die Unterwäsche der Wehrmänner kümmern müssen.

us

Stochern im Nebel



In der «NZZ» vom 30. September 2021 wird unter dem Titel «Was es braucht, ist Kostenwahrheit» behauptet, die Medien hätten seit dem Nein zum revidierten CO₂-Gesetz «im Nebel gestochert». Und davor? Haben sie da nicht im Nebel gestochert?

Szenenwechsel: Gegenwärtig wird der Baubeginn der zweiten Gotthardröhre gefeiert. Man hätte sie viel billiger haben können, wenn sie gleichzeitig mit der ersten gebaut worden wäre. Das hat damals die Waldsterbehysterie verhindert. Bundesrat Alphons Egli sel. hat am Fernsehen aus Schmerz über den sterbenden Wald sogar geweint. Heute weiss man, dass alles ein Schwindel war, auch damals angeheizt durch die Medien.

Gefühlslage und Chronologie beim CO₂-fokussierten Klimaweltuntergang sind ähnlich: Der Berner Klimapapst Stocker spricht nicht wie ein ergebnisoffener, auch selbstkritischer Wissenschaftler, sondern mit belegter Stimme wie ein beleidigter und von seinen sündigen und unbelehrbaren Schäfchen enttäuschter Pfarrer. Zuerst kam die politische Vorgabe durch

den Weltklimarat der Uno und den vom Davoser Wirtschaftsforum propagierten GRAND RESET, dann die Anheizung durch Medien im apokalyptischen Modus einer Naherwartung des Weltuntergangs, schliesslich die Forschungsergebnisse, welche die Vorgaben zu bestätigen hatten.

Sobald grosse Politik im Spiel ist, wird Gefälligkeitsforschung leider Normalfall, wie bei der Personenfreizügigkeit, die ohne wirksame Schutzklausel durchgewinkt wurde, weil das Gutachten Straumann beschönigend höchstens 10'000 jährliche Nettoeinwanderer vorhergesagt hatte. Wirkliche Forschung wäre hingegen frei, unabhängig und ergebnisoffen. Solange die mittelalterliche Wärmeperiode in der staatlich finanzierten Klimaforschung als unbedeutendes Phänomen ausgeklammert wird, um natürliche Klimaschwankungen als Ursache der Erderwärmung auszuschliessen, steht der Vorwurf der Gefälligkeitsforschung im Raum.

In einem dürfte der Autor recht behalten: Es wird teuer werden, aber nutzlos – allein schon wegen der fortschreitenden globalen Bevölkerungsexplosion.

Markus Eckstein, Goldach SG

Gedankensplitter Hans Krause (3)

Volksentscheide

- Vor dem Tsunami-bedingten KKW-Unfall in Fukushima war die Mehrheit der Schweizer gegen einen Atomausstieg.
- Im Mai 2003 wurden die Volksinitiative «MoratoriumPlus» mit 58,4 Prozent Nein und die Initiative «Strom ohne Atom» mit 66,3 Prozent Nein abgelehnt.
- Am 27. November 2016 wurde die Atomausstiegsinitiative der Grünen mit 54.2 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Laufzeit der Schweizer Atomkraftwerke wurde nicht befristet. Volk und Stände lehnten dies deutlich ab.
- Bundesrätin Doris Leuthard bedankte sich am Sonntag nach dieser Abstimmung im Namen des Bundesrats für das Vertrauen: «Ich bin erleichtert über diesen Ausgang», sagte sie.
- Und von 2008 bis 2011 war in der Schweiz eine Debatte über den Bau neuer Kernkraftwerke im Gang.

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<DIE GRÖSSTE GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE IN EUROPA SIND NICHT DIE POPULISTEN, ES IST DIE EUROPÄISCHE UNION. SIE VERKÖRPERT EINE DAUERENDE PASSIVE DROHUNG GEGEN ALLE, DIE SICH IHREN INTERESSEN WIDERSETZEN WOLLEN.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Christoph Blocher, ehem. Bundesrat;
- B Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche;
- C Markus Somm, Chefredaktor Nebenspalter;
- D Eric Guyer, Chefredaktor NZZ

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 27. Oktober 2021**, an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 21 vom 5. November 2021.



Zertifikat
nur mit
Dauerimpfen!

Am 28. November:

**Gefährliche
Covid-Verschärfung**

NEIN

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 25)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Bereits im Laufe des Jahres 2003 treffen wir intensive Vorbereitungen für den **Kampf gegen Schengen/Dublin**. Denn der Bundesrat will dieses Abkommen im Rahmen der sogenannten Bilateralen II unter dem falschen Versprechen «mehr Sicherheit» unter allen Umständen durchpeitschen. Damit peilt er den EU-Beitritt durch die Hintertür an.

So hat Bundesrat Joseph Deiss am 29. Mai 2000 in einem Vortrag an der Universität Zürich gesagt: «Wir sollten aufhören, vom «strategischen» Ziel zu reden. Von jetzt an ist das Ziel des EU-Beitritts nicht mehr «strategisch». Es ist ein in Arbeit befindliches Projekt.»

Und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat am 24. April 2003, nach 100 Tagen im Amt, erklärt: «Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU und zu allen jetzigen und künftigen Mitgliedstaaten intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.»

Neben der argumentativen «Aufrüstung» gilt es auch die «Kriegskasse» der Auns zu füllen, damit wir die zu erwartende Bundesberner Propagandaflut pro Schengen (die natürlich mit Steuergeldern finanziert wird!) wirksam kontern können. Wir veröffentlichen zu diesem Zweck u.a. das Inserat «Nein zum Schengener Kolonialvertrag!» (s. oben rechts), das mit den zentralen Argumenten für neue Mitglieder sowie für finanzielle Unterstützung wirbt.

NEIN zum Schengener Kolonialvertrag!

Der Bundesrat will die Schweiz rasch in die EU treiben. Weil das Volk dagegen ist, spielt er ein unehrliches Doppelspiel: Der EU-Beitritt soll durch die Hintertür - über den Schengener Vertrag (Bilaterale II) - vorangetrieben werden. Ein Schengen-Beitritt hätte gravierende Folgen für unser Land:

- Fremde Richter, fremde Gesetze, fremde Polizisten.
- Zwingende Übernahme von bestehenden und künftigen EU-Vorschriften.
- Abbau der Personenkontrollen an der Schweizer Grenze.
- Freie Bahn für Kriminelle, Verbrecher und Schlepperbanden.
- Freie Bahn für Illegale, Asylmissbraucher und Sozialschmarotzer.
- Weniger Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger.
- Preisgabe unseres Bankkundengeheimnisses, Verlust von Arbeitsplätzen.
- Schwächung der Kantone, mehr Bürokratie, höhere Kosten.
- Verlust unseres freiheitlichen Waffenrechts und der Schützentradition.
- Die Schweiz würde zur EU-Kolonie degradiert, in welcher Brüssel diktiert.

Die AUNS bekämpft den Schengener Kolonialvertrag mit dem Referendum ...

...damit wenigstens ein Land in Europa die Freiheit hochhalten und seine Landesgrenzen schützen kann.



Werden auch Sie Mitglied der AUNS!

- Ich unterstütze die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz als
- Mitglied Ehepaar, Gönner oder Sympathisant
- Jahresbeiträge: Mitglied Fr. 35.- (Ehepaar Fr. 50.-), Gönner Fr. 100.-, Sympathisanten nach freiem Ermessen.
- Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

Datum: _____

Bitte in Blockschrift ausfüllen und einsenden an:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
oder Fax 031 356 27 28

AUNS
ASIN
ASNI

PC 30-10011-5
Telefon: 031 356 27 27
Internet: www.auns.ch
e-mail: auns@auns.ch

über 41'000 Mitglieder

Patriotische Tassen für deinen Kaffee oder Tee!

Postfach 71, 8192 Glattfelden **PATRIOT.SHOP**

Im Übrigen gelingt es mir während meiner Auns-Zeit (1998–2010), jeweils zusätzliche Spendengelder in beträchtlicher Höhe wie folgt zu «beschaffen»: Ich schreibe regelmässig handgeschriebene persönliche Briefe an potenzielle Spender, sende ihnen gleichzeitig unsere neuesten Berichte, Broschüren und Verlautbarungen und orientiere sie über politische Aktionen und dergleichen.

Einmal kommt es dabei zu einem «Ereignis», das ich nie vergessen werde. Ein älterer, gut betuchter ehemaliger Geschäftsmann in der Westschweiz, der mich von der welschen Arena «Infrarouge» kennt und den ich nach dem persönlichen Brief mit einer «Zürcher Pfarrhaustorte» besuche, überweist danach eine sehr hohe Spende. Und er sagt mir, dass er demnächst noch einen weiteren Betrag in gleicher Höhe überweisen werde, weil er die Arbeit der Auns ausserordentlich wichtig

finde. Und ich solle ihn bald wieder besuchen. Als ich längere Zeit nichts mehr von ihm höre, beschliesse ich, ihm einen weiteren Besuch abzustatten. Im Zug Richtung Westschweiz lese ich zufälligerweise die NZZ – und da trifft mich fast der Schlag. Da sehe ich doch tatsächlich die Todesanzeige des grosszügigen Göners – und damit ist natürlich auch mein Besuch hin-fällig geworden. Eine Beileidskarte zu schreiben, ist das einzige, was ich noch tun kann.

*

Im Hinblick auf die **eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober 2023** will die Auns einen massgeblichen Beitrag leisten, damit Parlamentarierinnen und Parlamentarier gewählt werden, die zur Schweiz stehen. Denn wir stellen fest: In der Legislatur 1999-2003 wurde die schweizerische Unabhängigkeit und Neutralität wie wohl nie zuvor ausgehöhlt. **Wir wollen ein anderes Parlament, das die Verfassung und den Volkswillen respektiert.** Der Beitritt zur EU und zur Nato, der Asylmissbrauch und der Abbau unserer Freiheitsrechte müssen verhindert werden. Ebenso müssen das schädliche und naive Anbieten in der politischen Uno, der Ausverkauf der Armee, der Abbau unserer direkten Demokratie und die Bestrebungen zur Schaffung eines Berufsparlamentes gestoppt werden.

Wir veröffentlichen Aufrufe für die Wiederwahl bisheriger Parlamentsmitglieder, die während der vergangenen Legislatur in Auns-relevanten Parlamentsabstimmungen – also im Bereich Unabhängigkeit und Neutralität – am meisten Punkte erreicht haben.

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2022: Fr. 90.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Greta

Wer Greta, das blutjunge Mädchen so sieht,
das Unterricht schwänzend im Land herum zieht
und – wie einst Propheten – den Untergang predigt,
als wären damit die Probleme erledigt.

Der staunt, wie die Mächtigen gar danach gieren,
dem Kinde bei Anlässen brav zu hofieren.
Und das macht den Eindruck, es selber verstehe
nicht wirklich, was mit ihm da alles geschehe.

Ich sehe die Greta darum eigentlich nur
im Grunde als Marionetten-Figur
und habe mir dabei schon oft überlegt,
wer oben am Kreuz wohl die Fäden bewegt.

Ebenso empfehlen wir neue Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, die in den Kantonen und Gemeinden im Sinne der Auns politisieren. **Und die Wahlen am 19. Oktober 2023 verlaufen für die Auns tatsächlich ermutigend.** Vor allem jene Parteien und Politiker haben zugelegt und gewonnen, welche für die Staatsäulen der Schweiz einstehen.

Es ist klar: Eine erste Bewährungsprobe für das neue Parlament wird die Bundesratswahl vom 10. Dezember sein. Das Parlament muss dann den Tatbeweis liefern, dass es willens ist, starke Persönlichkeiten in die Landesregierung zu wählen, die ohne Wenn und Aber für die Landesinteressen einstehen. Und in der Tat: **Christoph Blocher, das beste Ross im SVP/Auns-Stall, wird Bundesrat!** Endlich wird der SVP der längst fällige zweite Sitz zugestanden. Allerdings haben wir aus Sicht der SVP genau genommen dennoch nur anderthalb Bundesräte: Denn Samuel Schmid erweist sich mehr und mehr als «halber» SVP-Bundesrat.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Welche Kräfte bestimmen die Weltpolitik?

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit
Restaurant National, Stadthausstrasse 24, 8400 Winterthur/ZH

Freitag, 29. Oktober 2021, 19.00 Uhr

«SVP bi de Lüt»

Öffentlicher Anlass mit Referat von Nationalrat Martin Haab,
Mettmenstetten
Landi Albis, Kirchgasse 2, 8907 Wettswil a. Albis/ZH
Organisatorin: SVP Wettswil am Albis

Büchertisch

BESTSELLER



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-)Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und selbstherrlicher Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.50



Great Reset

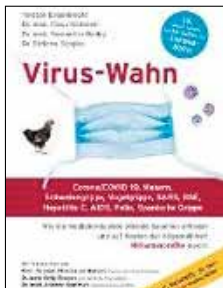
Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» betreibt: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25

AKTUELL



Virus-Wahn

Corona/Covid-19, Masern, Schweinegrippe ...

Torsten Engelbrecht, Dr. med. Claus Köhnelein, Dr. med. Samantha Bailey, Dr. Stefano Scoglio

Dieser bereits in zehnter Auflage erscheinende Bestseller analysiert eine als Seuchenpolitik etikettierte Strategie: Mittels Angst-Verbreitung soll die obrigkeitliche Lenkung selbst freiheitlicher Staaten auf Dauer durchgesetzt werden.

Emu-Verlag 2021, 519 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25



Diagnose Panikdemie

Das kranke Gesundheitssystem

Dr. med. Friedrich Pürner

Angstmacherei war ausschlaggebend dafür, dass bezüglich Corona überhaupt von Pandemie gesprochen wurde. Der Autor dieses neuen Buches ist Arzt und Epidemiologe. Voraussetzung dafür, dass er sachliche Information zu vermitteln vermag, die sich wohltuend von angstverbreitenden Prognosen abhebt.

LMV, LangenMüller, München 2021, 231 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.05



Auf der Suche nach dem verlorenen Deutschland

Notizen aus einer anderen Zeit

Max Otte

Der Autor, europaweit geschätzt als gründlicher, sachverständiger Investor, Anlageberater und Unternehmer, ruft in Erinnerung, was Europa verloren geht, wenn Deutschland dem den Bürger ausplündernden Sozialismus überlassen wird. Eine Warnung – vielleicht noch zur rechten Zeit.

Finanzbuch, München 2021, 288 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25

WELTGESCHICHTE



Der Oslo-Report

Wie ein deutscher Physiker die geheimen Pläne der Nazis verriet

David Rennert

Ein Deutscher, der nach dem Angriff der Nazis auf Polen 1939 das Schlimmste befürchtete, fand aus Oslo verschlungene Wege, über die er den britischen Geheimdienst über Nazi-Pläne im kurz zuvor entfesselten Weltkrieg zu orientieren vermochte. Spannende und hoch interessante Vorgänge, rekonstruiert für diese Neuerscheinung.

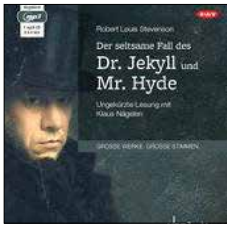
Residenz, Salzburg 2021, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Der seltsame Fall des Dr. Jekyll und Mr. Hyde

Robert Louis Stevenson

Ein Klassiker der Weltliteratur: Die unglaubliche Geschichte von einem Wissenschaftler, der eine

Substanz erfindet, die ihm ermöglicht, seine Identität zu wechseln. Allerdings: In der neuen Identität entpuppt er sich als Scheusal. Und noch beklemmender ist die Tatsache, dass die Rückverwandlung zum guten, aufgeklärten, grosszügigen Menschen von Mal zu Mal schwieriger wird. Die Fragen, die sich rund ums menschliche Sein anhand der zweigestaltigen, das Gute wie das Böse verkörpernden Romanfigur stellen, bewegen jeden Leser – seit Jahrzehnten und Jahrhunderten. Entspricht es unentrinnbarem Gesetz, dass, wer am Menschen laboriert, wer in die Schöpfung hineinpufcht, schliesslich dem Bösen dient?

DAV, Audio-Verlag, 1 Mp3-CD, Hördauer 184 Minuten, ungekürzte Fassung, gelesen von Klaus Nägelen, (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.05

Hörbücher: Spannende Unterhaltung auf langen Autofahrten und anregende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Ungebeugt und ungebrochen

Roman

Ayn Rand

Ein Roman zu den Figuren, welche auf diesem Erdball freiheitsfeindliche Ideen mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen.

Ayn Rand (1905–1982), russisch-amerikanische Bestseller-Autorin, ist in den USA nahezu eine Kultfigur.

Niemand hat in der Literatur das Bekenntnis zu Freiheit, zur Selbstverantwortung, zum freien Unternehmertum nachdrücklicher und brillanter vertreten als Ayn Rand. «Ungebeugt und ungebrochen» war ihr erster grosser Roman – stark autobiografisch geprägt. Seine eindringlich formulierte Botschaft lautet: Sozialismus tötet!

Ayn Rand: «Ungebeugt und ungebrochen». Roman, Lichtschlag, Grevenbroich 2021 (1936), 608 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
 Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**

Aktuell

- T. Engelbrecht ... – Virus-Wahn **à Fr. 29.25**
 Friedrich Pürner – Diagnose Panikdemie **à Fr. 22.05**
 Max Otte – Auf der Suche nach dem ... **à Fr. 29.25**

Weltgeschichte

- David Rennert – Der Oslo-Report **à Fr. 30.50**

Hörbuch

- Robert Louis Stevenson – Der seltsame ... **à Fr. 13.05**

Buchzeichen

- Ayn Rand – Ungebeugt und ungebrochen **à Fr. 32.30**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(20/22.10.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 22. Oktober 2021

Magazin

Neue Filmsteuer: Fernsehen total reguliert?

Anian Liebrand im Gespräch mit Patrick Eugster, Ökonom, Jungfreisinnige;
Samuel Hasler, Mediamatiker, JSVP,
Andreas Leupi, SVP-Gemeinderat, JSVP

Freitag, 29. Oktober 2021

Stammtisch-Live

Covid-19-Gesetz: Ja oder Nein?

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Gästen



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

5. November 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann,
Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzi,
Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,
Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Ersatzteillager Mensch?

Fernab der Wahrnehmung vieler hat das Parlament in der Herbstsession eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen, das einem ethisch und moralisch heiklen Dammbbruch gleichkommt. Neu sollen nach dem Tod alle automatisch zu Organspendern werden, wenn sie oder die Angehörigen dies nicht zu Lebzeiten explizit abgelehnt haben. Die Einführung der sogenannten «Widerspruchslösung» entspricht dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten». Diese wollte den Grundsatz der vermuteten Zustimmung in der Verfassung verankern. Der vermeintlich moderatere Gegenvorschlag sieht im Gegensatz zur Initiative den Einbezug der Angehörigen vor, wobei letztere gegen die Organspende nur dann Widerspruch einlegen können, wenn sie glaubhaft machen können, dass die verstorbene Person mutmasslich die Organspende abgelehnt hätte. Die Angehörigen würden einem unzulässigen Druck ausgesetzt, würde ihnen eine Ablehnung schliesslich sofort als unsolidarisches Verhalten angelastet.

«Mein Körper, meine Entscheidung», skandieren Feministinnen jeweils leidenschaftlich, wenn sie das Recht auf Abtreibung einfordern. Wenn es um die eigenen Organe – etwas zutiefst Persönliches – geht, ist diese Parole jedoch nichts mehr wert. Ich bin zwar kein Mediziner, aber so viel weiss ich: Zu jedem medizinischen Eingriff braucht

es ein bewusstes und klares Ja («informed consent»). Schweigen bedeutet eben nicht Zustimmung! Das bedeutet auch: Alle Personen, die keinen Widerspruch einlegen und somit zu Organspendern werden, müssten über die Modalitäten der Organentnahme (Explantation) genau informiert werden. So müssten sie zum Beispiel das Hirntodkonzept kennen und wissen, dass Organe nicht kalten Leichen entnommen werden.

Selbstverständlich lässt es einen nicht kalt, dass zurzeit laut Befürwortern über 1'400 Menschen auf eine Organspende warten. Es ist zu begrüssen und darauf hinzuwirken, dass mehr Menschen freiwillig Organe spenden, um anderen in Not zu helfen. Ganz so einfach ist diese Thematik aber nicht. Wenn pauschal jeder zum Organspender wird, der nicht schriftlich widersprochen hat und sich nicht in einem Register hat eintragen lassen, bewegen wir uns auf dünnem Eis. Vor allem viele sozial Schwache, die für Behördeninformationen ohnehin schwer zugänglich sind, würden wahrscheinlich zu Organspendern, ohne dies je geahnt zu haben. Wie steht es mit der menschlichen Würde? Wird der Mensch zum Ersatzteillager, aus dem man sich einfach bedienen kann? Zum Glück gibt es gegen die Widerspruchslösung jetzt ein Referendum.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt 